

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anzeigengeschäfte entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis: 10 Pf. — Anzeigen Nr. 225.

Anzeigenpreise für Anzeigengeschäfte: 10 Pf. — Anzeigen Nr. 225.

Telegramme: Cagblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 225

Sonnabend, den 26. September 1925

20. Jahrgang

Das deutsche Programm für die Sicherheitskonferenz.

Berlin, 25. Sept. Wie die Blätter melden, wird nach den Beratungen der Ministerpräsidenten und der Tagung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages das Reichskabinett in der nächsten Woche nochmals zu einer Sitzung zusammenkommen, in der über die Haltung Deutschlands zu den auf der Paikkonferenz zu erörternden Fragen Beschlüsse gefasst werden soll. Nach den Meinungen mehrerer Blätter dürfte als Grundlage der Konferenzverhandlungen der Londoner Entwurf der Juristen dienen, der, wie die Blätter wissen wollen, eine nicht ganz ungünstige Aufnahme in Berlin gefunden hat. Die Frage der Tagesordnung der Konferenz ist jedoch noch nicht gelöst. Deutschland vertritt hier den Standpunkt, daß sich die Konferenz lediglich mit dem Westpakt beschäftigen soll. Wie die Berliner Blätter hervorheben, dürften neben den eigentlichen Punkten der Tagesordnung, ebenso wie bei der Londoner Konferenz, eine Reihe wichtiger Fragen in privaten Besprechungen aufgeworfen werden. Die Blätter nennen hier als sogenannte „Nebenwirkungen“ des Abschlusses eines Sicherheitspaktes die Herabminderung der Besatzungslast, Verkürzung der Fristen der Besetzung, Ver-

minderung der Besatzungstruppen und vor allem Sicherstellung der sofortigen Räumung der Kölner Zone, ferner des Saargebietes — ein Zustand wahren Friedens könne kaum eintreten, wenn das Datum für die Volksabstimmung im Saargebiet über seine endgültige Staatszugehörigkeit, die im Friedensvertrag erst nach 15 Jahren vorgesehen ist, nicht vorhergelegt wird — und schließlich der dem deutschen Empfinden und der deutschen Auffassung von Recht völlig widersprechende Investitionsbeschlüsse des Völkerbundes, durch den eine Verletzung der militärischen Kontrolle über Deutschland noch dazu unter französischer Führung vorgesehen ist. Auch die Geltungsdauer des abzuschließenden Vertrages muß auf der Konferenz beraten werden. Angesichts des großen Komplexes politischer Fragen, die auf der Konferenz zur Erörterung stehen, ist nach den Blättern mit einer längeren Dauer der Konferenzverhandlungen zu rechnen. Was den Konferenzort anbelangt, so glauben die Blätter, daß Luzern, dessen Wahl von Deutschland unverbindlich angelehrt worden ist, zum Verhandlungsort vorgesehen wird.

Bericht der Völkerbundsversammlung.

Genf, 24. Sept. Die Völkerbundsversammlung hat den Vorschlag des Technischen Ausschusses über die von Frankreich beantragte Vorbereitung einer

Weltwirtschaftskonferenz

angenommen. Der von Belloni-Intalini verfaßte Bericht über die Beratungen des genannten Ausschusses stellt fest, daß der Ausschuss dem Vorschlag beigestimmt hat, die Einberufung einer allgemeinen Wirtschaftskonferenz ins Auge zu fassen. Der Ausschuss ist der Meinung, daß alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden müssen, damit die Vorbereitungen dieser Konferenz in ganz methodischer Weise und vorsichtig erfolgen. Der Ausschuss vertritt den Standpunkt, daß es Sache des Völkerbundes sei, diese Vorbereitungsarbeiten im einzelnen zu regeln. Auch solle der Rat volle Freiheit hinsichtlich der Einberufung der Konferenz wie auch hinsichtlich seines Programms erhalten. Dieser Bericht, wie auch die bereits gemeldete Entscheidung wurden von der Versammlung unter wiederholtem Beifall angenommen.

An die Verlesung des Berichtes knüpfte sich eine allgemeine Aussprache, an der sich hauptsächlich Frankreich, Dänemark, Holland, Belgien, Spanien und die Schweiz beteiligten. Dänemark führte unter Wiederholung der Gesichtspunkte, die er vor zwei Tagen in den Ausschussberatungen entwickelt hatte, aus, daß die Wirtschaftskonferenz der Herstellung einer internationalen Solidarität auf wirtschaftlichem Gebiete dienen müsse. Dänemark vertritt mit Nachdruck den Standpunkt, daß das allgemeine Wirtschaftsleben nicht den Sonderinteressen einzelner Gruppen zum Opfer gebracht werden dürfe und daß es endlich an der Zeit sei, Ordnung in das Wirtschaftsleben der Welt zu bringen. Dänemark erklärte, daß jeder Friede so lange eine Illusion bleibe, als nicht auch auf wirtschaftlichem Gebiet der Friede gesichert sei. Er wandte sich in besonders eingehenden Darlegungen gegen die hochschulpolitischen Tendenzen der Staaten und sprach dem Völkerbundrat sein volles Vertrauen darauf aus, daß er die richtigen Maßnahmen ergreifen werde, um die Völker auf dem Wege zum wirtschaftlichen Frieden zu leiten. Spanien gab der Hoffnung Ausdruck, daß mit der Annahme der Resolution ein neuer Weg für die Befriedung der Welt und für die wirtschaftliche Zukunft eröffnet sei.

Die Schweiz, die mit wiederholtem Beifall begrüßt wurde, stellte in Anlehnung an seine Rede im Technischen Ausschuss nochmals fest, daß hinsichtlich des Zweckes, das allen bei der Idee der Wirtschaftskonferenz vorliege, keinerlei Meinungsverschiedenheiten beständen. Die Wirtschaftskonferenz sei die logische Fortsetzung und Erweiterung der seitherigen Verhandlungen zur Gewährleistung eines allgemeinen Friedens. Er betonte nochmals den Gedanken, daß die Sicherheit der Völker durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt sei und brachte dann den Wunsch der französischen Delegation zum Ausdruck, daß der Völkerbundrat sich bereits in seiner Dezembertagung über die Zweckmäßigkeit der Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz schlüssig werden und dann auch die Einberufung eines Vorbereitungs-Ausschusses beschließen möge. Alle technischen Organisationen des Völkerbundes sowie das Internationale Arbeitsamt sollen in diesem Ausschuss vertreten sein. Aber es sei auch notwendig, daß diesem Ausschuss neues Blut zugeführt werde, und daß die Vertreter gewisser Nationen, die noch nicht im Völkerbund vertreten seien, zu den Arbeiten hinzugezogen würden. Es sei u. B. unmöglich, daß die Arbeiten der Internationalen Wirtschaftskonferenz ohne Hinzuziehung Deutschlands erfolgreich durchgeführt werden könnten.

Damit wurde die Aussprache über den französischen Antrag abgeschlossen. Die Ausführungen Douchours wurden wiederholt, und zwar besonders am Schluß seiner Rede, durch lebhaften Beifall aus dem Saal und von den Tribünen unterbrochen.

Die Völkerbundsversammlung genehmigte in ihrer heutigen Sitzung nach dem Bericht des Technischen Ausschusses über die Schaffung einer internationalen Organisation zur

Beseitigung der Elementarinfektionskrankheiten.

Das vorliegende Projekt wird einem im vorigen Jahre eingesetzten Studienauschuss zur Umarbeitung übergeben werden. Das umgearbeitete Projekt soll dann allen Regierungen zur Stellungnahme übermittleit werden. Schließlich wurde der Bericht der Ständigen Wirtschaftskommission des Völkerbundes über seine Tätigkeit angenommen, indem die Versammlung die Arbeiten dieses Ausschusses auf dem Gebiete der Befreiung der Ein- und Ausfuhrverbote, der Erleichterung des Zollverkehrs usw. billigte und sich außerdem für die allge-

Sozialistenkonferenz über den Sicherheitspakt.

Genf, 24. Sept. Die Schweizer Delegationen Agentur meldet: In Genf sind die deutschen Sozialisten Hermann Müller-Branten und Otto Wels eingetroffen, um mit den Sozialistenführern der anderen Länder, hauptsächlich Frankreichs, die Frage einer Konferenz über den Sicherheitspakt und das Schiedsgerichtsverfahren zu erörtern. Auch der französische Sozialist Renaudel ist hier eingetroffen.

Berlin, 25. Sept. Der „Vorwärts“ demontiert die Nachricht der Agentur Havas und der schweizerischen Delegationen, daß die Führer der Sozialdemokraten Hermann Müller und Otto Wels in Genf zu Beratungen mit Sozialistenführern anderer Länder über den Sicherheitspakt und das Schiedsgerichtsverfahren eingetroffen seien. Welche befinden sich in Berlin.

Das Zentrum und die politische Lage.

Berlin, 25. Sept. Gestern fand laut „Germania“ im Reichstag eine Sitzung des Fraktionsvorstandes des Zentrums statt, in der die außen- und innenpolitischen Angelegenheiten besprochen wurden. Es ergab sich völlige Einmütigkeit in allen Fragen. Am 4. November soll eine Vollversammlung der Fraktion stattfinden. Eine Sitzung des Reichsparteivorstandes ist für den 5. Dezember nach Baderboon einberufen worden.

Bevorstehende Abreise des sächsischen Ministerpräsidenten nach Berlin.

Dresden, 24. Sept. Die Staatskanzlei teilt mit: Der Ministerpräsident Heide wird sich morgen früh nach Berlin begeben, um dort an der Besprechung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder mit der Reichsregierung über die Frage eines Sicherheitspaktes teilzunehmen. An diese Besprechung wird sich an demselben Tag nach einer zweiten Konferenz des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten anschließen, die sich mit Maßregeln zur Weisung der Besatzung beschäftigt wird. An dieser Sitzung werden auch die Wirtschaftsminister teilnehmen.

Die Frage der Entwaffnung Deutschlands.

Paris, 24. Sept. Nach dem „Temps“ hat Außenminister Vandervelde in der bereits gemeldeten Unterredung mit Pressevertretern weiter erklärt, in dem Augenblick, in dem er Genf verlassen habe, hätten die Verhandlungen über die Note der Wirtschaftskonferenz betreffend die Entwaffnung Deutschlands vom Juli eine günstige Wendung angenommen.

Die neuen Verhaftungen in der Memmendorfer.

Zu der Verhaftung des ehemaligen Fähnrichs Weder meldet eine Korrespondenz, daß Weder als Vertrauter des Oberleutnants Schulz galt. Der ermordete Leutnant Sand hatte sich gegenüber Schulz durch größere Geldauswendungen verdächtig gemacht und Schulz nahm an, daß Sand die Geheimnisse der Truppen an die Kommunisten verraten habe. Er wurde deshalb nach Döberitz abkommandiert, um dort von dem Feldwebel Klapproth, der auch dem böllischen Au-Flug-Klan, des Ordens der Ritter des Heiligen Kreuzes, angehörte, befreit zu werden. Weder soll von der Mordabsicht Kenntnis gehabt haben, an der Ausführung aber keinesfalls beteiligt gewesen sein.

Caillaux über Frankreichs Zahlungsbereitschaft.

Washington, 24. Sept. Bei der Eröffnung der Verhandlungen über die Regelung der französischen Schulden an Amerika führte Caillaux aus, Frankreich habe ihn bevollmächtigt, den Verpflichtungen Frankreichs gegen die Vereinigten Staaten nachzukommen. Niemand in Frankreich werde je vergessen, was Frankreich Amerika schulde, sowohl für seinen glänzenden Anteil an der siegreichen Beendigung des Krieges, als für die edle Hilfe, die das französische Volk von amerikanischen Bürgern in Zeiten der Not empfangen habe. Die Bande, die Ende des 18. Jahrhunderts zwischen beiden Ländern geknüpft worden sei, werde Frankreich niemals vergessen, auch in Amerika werde sie niemand vergessen. Kummern, fuhr er fort, wollen wir, wenn sie es wünschen, als praktische Menschen an unsere Aufgabe herangehen, von dem Verlangen beseitigt, eine Regelung zu finden, die allen materiellen Interessen gerecht wird, der Vergangenheit zweier großer Nationen würdig ist und die so gestaltet ist, daß sie den Frieden festigt und die Stabilisierung der Weltwirtschaft fördert.

Paris, 24. Sept. „New York Herald“ berichtet aus Washington, daß man in offiziellen Kreisen die Aufmerksamkeit auf zwei hauptsächlich mögliche Lenke, die Frankreich zur Wahl gestellt würden. Im ersten Falle würde die Regelung auf denselben Prinzipien beruhen, die dem englisch-amerikanischen Abkommen zugrunde liegen, jedoch eine spätere Revision zulassen, wenn sie sich als notwendig erweisen würde. Im zweiten Falle werde man von Frankreich die Bezahlung einer Pauschalsumme von 100 Millionen Dollar jährlich verlangen, nachdem man sich über ein annehmbares Moratorium geeinigt habe. Die genannte Ziffer beruhe auf den Berechnungen der amerikanischen Sachverständigen, die sich auf den Darlehenplan stützten.

Über den Empfang Caillaux in Washington meldet die Agentur Havas heute vormittag 8 Uhr: Schatzsekretär Mellon und Finanzminister Caillaux haben gemeinsam die Vertreter der Presse empfangen. Der französische Minister erklärte, er sei bezüglich der Schuldenregelung optimistisch und voller Vertrauen. Er gedachte am 3. Oktober nach Paris zurückzukehren. Caillaux weigerte sich, die Frage zu beantworten, ob er einen festen Plan habe.

Schatzsekretär Mellon und Finanzminister Caillaux hatten alsdann eine kurze Unterredung und beschlossen, daß die Besprechungen ebenso wie die feierliche Unterredung mit Belgien geführt werden vertraulich sein sollen. Der Presse wird während der ersten Unterredungen keine Mitteilung zugehen.

Finanzminister Caillaux startete nach der Unterredung mit dem Schatzsekretär Mellon dem Staatssekretär Kellogg einen Besuch ab.

Marokkorkriegsbericht.

Paris, 24. Sept. Wie Havas aus Jeddah berichtet, wird dort, allerdings unter Vorbehalt, mitgeteilt, daß die Spanier ihre anfänglichen Stellungen, die sie bei der Landung bezogen hätten, von vorgestern Abend auf gestern früh unter günstigen Bedingungen erweitert hätten. Nach einer Erklärung des Generals Magas haben die Offiziere bei den gestrigen Operationen in der Zone von Almuemas beträchtliche Verluste erlitten.